

Kleine Anfrage Hans Ulrich Gränicher (SVP): Verhindern der Verlegung der SRF-Regionalredaktion von Bern nach Zürich. Hat das politische Engagement des Gemeinderats etwas bewirkt?

Am 19. September 2018 hat der Verwaltungsrat der SRG beschlossen, dass Teile der Radioredaktion SRF von Bern nach Zürich verlegt werden sollen. Dies hat zur Folge, dass per Ende 2020 insgesamt 170 Arbeitsplätze nach Zürich verlegt werden, und dass wahrscheinlich das Regionaljournal SRF an Nähe zum Geschehen in der Hauptstadtregion verlieren würde,

Der Gemeinderat wird in diesem Zusammenhang höflich um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Konnte der Gemeinderat erreichen, dass der Verwaltungsrat der SRG den Entscheid zum Verlegen der Radioredaktion nach Zürich nochmals überprüft.
2. Wenn Nein, was gedenkt der Gemeinderat zu tun damit die SRF-Radioredaktion weiterhin in Bern verbleibt?

Bern, 06. Dezember 2018

Erstunterzeichnende: Hans Ulrich Gränicher

Mitunterzeichnende: Alexander Feuz, Daniel Lehmann, Henri-Charles Beuchat, Roland Iseli, Rudolf Friedli, Erich Hess

Antwort des Gemeinderats

Zur Präzisierung: Das Regionaljournal Bern Freiburg Wallis, welches über das Geschehen im deutschsprachigen Raum der Kantone Bern, Freiburg und Wallis berichtet, ist vom Umzug des Radiostudios Bern nicht betroffen. Diese Redaktion bleibt in der bestehenden Form erhalten.

Betroffen von der Verlegung nach Zürich ist der sogenannte Bereich Information in Bern. Dieser verfügt über eine unabhängige Chefredaktion und verschiedene Redaktionen und wird gemeinhin als Radiostudio Bern bezeichnet. Das Radiostudio produziert täglich rund 70 Nachrichtensendungen sowie Formate wie «Echo der Zeit», «Rendez-vous», «Heute Morgen», «Tagesgespräch», «Trend» oder «International» und gilt als das journalistische Flaggschiff von Schweizer Radio und Fernsehen (SRF).

Der Gemeinderat hat sich über Monate hinweg gemeinsam mit dem Regierungsrat des Kantons Bern, der Hauptstadtregion, den Westschweizer Kantonsregierungen sowie der regionalen SRG-Genossenschaft und weiteren Organisationen und Institutionen gegen den Abzug des Radiostudios gewehrt. Eine Konzentration von SRF in Zürich widerspricht nach Ansicht der Stadtregierung dem Schweizer Föderalismus, schwächt Bern als nationales Politikzentrum und führt zu einem journalistischen Einheitsbrei in den SRG-Medien.

Zu Frage 1:

Nein, bisher nicht. Der Gemeinderat hat zwar gegenüber der SRG-Spitze klargemacht, dass er den Entscheid nicht nachvollziehen könne und sie auffordert, auf ihren Beschluss zurückzukommen. Die SRG-Spitze hat aber keinerlei Anstalten gemacht, auch nur ansatzweise auf diese Forderung einzugehen. Faktisch hat der Gemeinderat keine Handhabe, um gegen den SRG-Entscheid vorzugehen. Das einzige Mittel ist, mit guten Argumenten politischen Druck auf die SRG-Spitze zu erzeugen.

Zu Frage 2:

Für den Gemeinderat stehen derzeit die parlamentarischen Initiativen im Vordergrund, welche die Spitzen von SVP, SP, CVP, Grünen und BDP im Bundesparlament eingereicht haben. Darin fordern sie, dass die SRG künftig im Bereich Information die audiovisuellen Angebote schwergewichtig am Standort Zürich und die Audio-Angebote schwergewichtig am Standort Bern produzieren muss. Ein entsprechender Passus soll im Radio- und Fernsehgesetz RTVG sowie im neuen Bundesgesetz über die elektronischen Medien (BGeM) festgeschrieben werden.

Finden die Vorstösse eine Mehrheit in den beiden Räten, kann der Abzug des Radiostudios Bern verhindert werden. Der Gemeinderat unterstützt deshalb gemeinsam mit dem Kanton Bern, der Hauptstadtregion und den Westschweizer Kantonen die parlamentarischen Initiativen vollumfänglich und leistet entsprechende Überzeugungsarbeit in den eidgenössischen Räten.

Gemäss derzeitigem Fahrplan dürften die parlamentarischen Initiativen voraussichtlich in der Frühlingssession im Nationalrat und in der Sommersession allenfalls im Ständerat behandelt werden. Die zuständige Nationalratskommission hat die Vorstösse am 15. Januar 2019 abgelehnt. Der Stadtpräsident hat die neue SRF-Direktorin Nathalie Wappler in einem Schreiben aufgefordert, mit den Vorbereitungen für den Abzug des Radiostudios Bern zuzuwarten, bis das Bundesparlament abschliessend über die parlamentarischen Initiativen befunden hat.

Als weitere Stossrichtung setzt der Gemeinderat auch direkt auf das neue Bundesgesetz über die elektronischen Medien. In seiner Vernehmlassungsantwort vom 12. September 2018 (www.bern.ch/politik-und-verwaltung/gemeinderat/vernehmlassungen-des-gemeinderats) fordert der Gemeinderat, dass die SRG bei der Standortfestlegung und -gestaltung die Rolle Berns als Hauptstadt und politisches Zentrum der Schweiz zu berücksichtigen hat. Zu diesem Zweck sei die SRG zu verpflichten, in Bern ein Kompetenzzentrum für Information und Politik mit einer unabhängigen Chefredaktion zu betreiben. Der Gemeinderat begründet diese Forderung damit, dass Bern der bestmögliche Standort für eine ganzheitliche mediale Sicht auf alle Landesteile sei.

Bern, 16. Januar 2018

Der Gemeinderat